

Antrag

der Abgeordneten Günter Gloser, Hans-Werner Bertl, Hans Büttner (Ingolstadt), Marion Caspers-Merk, Gernot Erler, Petra Ernstberger, Lilo Friedrich (Mettmann), Rainer Fornahl, Klaus Hagemann, Rolf Hempelmann, Monika Heubaum, Gerd Höfer, Lothar Ibrügger, Helga Kühn-Mengel, Detlev von Larcher, Winfried Mante, Lothar Mark, Markus Meckel, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Dietmar Nietan, Günter Oesinghaus, Eckhard Ohl, Holger Ortel, Joachim Poß, Karin Rehbock-Zureich, Gudrun Roos, Michael Roth (Heringen), Dieter Schloten, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Ottmar Schreiner, Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. Angelica Schwall-Düren, Hedi Wegener, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Lydia Westrich, Dr. Norbert Wieczorek, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

sowie der Abgeordneten Christian Sterzing, Ulrike Höfken, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Helmut Lippelt, Monika Knoche, Winfried Nachtwei, Angelika Beer, Rita Grießhaber, Dr. Angelika Köster-Loßack, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Flankierung der Erweiterung der Europäischen Union als innenpolitische Aufgabe

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die europäische Integration ist das wichtigste und erfolgreichste politische Projekt in der jüngsten Geschichte unseres Kontinents. Nach der Vollendung des europäischen Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion gilt es nun, mit der Erweiterung ein weiteres historisches Projekt zu bewältigen. Mit der Erweiterung überwindet Europa die nach dem 2. Weltkrieg erfolgte Spaltung und stellt die Einheit des europäischen Kontinents auf demokratischer und rechtsstaatlicher Grundlage wieder her. Zur Erweiterung der Europäischen Union gibt es keine politische Alternative, denn nur sie garantiert Europa langfristig Frieden, Demokratie und Stabilität. Sie ist zugleich das wirksamste Instrument, um Osteuropa an das Wohlstandsniveau Westeuropas heranzuführen.

Politisch und gesamtwirtschaftlich ist die Erweiterung nicht nur für die Beitrittskandidaten sondern auch für die heutigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein Gewinn. Sie stärkt den Frieden in Europa und festigt das partnerschaftliche Miteinander. Die Erweiterung macht die Europäische Union zum weltweit größten Binnenmarkt und stärkt ihre globale Wettbewerbsfähigkeit. Deutschland ist einer der wichtigsten Handelspartner der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer und erzielt wie Österreich und Italien seit Jahren

hohe Handelsbilanzüberschüsse im Güteraustausch mit diesen Partnern. Allein der Handel mit Osteuropa sichert in Deutschland derzeit rund 80 000 Arbeitsplätze.

Die gesamtwirtschaftlichen Vorteile des Erweiterungsprozesses werden im politischen wie im wissenschaftlichen Raum nicht in Zweifel gezogen. Im Deutschen Bundestag gibt es dazu einen umfassenden politischen Konsens.

Den unbestreitbaren Vorteilen der Erweiterung steht die Skepsis in der Bevölkerung vieler EU-Mitgliedstaaten gegenüber. In den nächsten Jahren kommt es deshalb darauf an, die innenpolitischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erweiterung aktiv aufzugreifen, um die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu diesem historischen Projekt zu stärken. Dabei müssen folgende Handlungsfelder im Vordergrund stehen:

- Die Informationsdefizite über unsere mittel- und osteuropäischen Partner sind nach wie vor zu hoch. Die Chancen und Vorteile der Erweiterung werden viel zu wenig wahrgenommen. Alle politisch Verantwortlichen müssen ihre Anstrengungen verstärken, um die Bürgerinnen und Bürger für die Erweiterung zu gewinnen.
- Seit Beginn der 90er Jahre haben die Globalisierung der Weltwirtschaft, die Vollendung des europäischen Binnenmarkts und die wirtschaftliche Öffnung Osteuropas erheblich zur Beschleunigung des Strukturwandels in der deutschen und europäischen Wirtschaft beigetragen. Für die regionale Entwicklung sind neben den sich bietenden Chancen auch Risiken durch die Erweiterung nicht auszuschließen. Besonders betroffen vom strukturellen Anpassungsdruck sind die heute schon strukturschwachen Regionen, insbesondere Regionen entlang der deutschen Ostgrenze. Deshalb ist eine spezifische strukturpolitische Flankierung notwendig, um möglichen negativen Entwicklungen entgegenzuwirken oder diese zumindest abzufedern.
- Nach der grundgesetzlichen Aufgabenteilung sind in Deutschland die Bundesländer für die regionale Strukturpolitik zuständig. Es ist ihre Aufgabe, die vorhandenen Mittel auf die Problemregionen zu konzentrieren und möglichst effizient einzusetzen. Dazu zählen sowohl die Mittel aus den europäischen Strukturfonds als auch aus nationalen Programmen, z. B. die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Damit die Anpassung der Regionen an die neuen Bedingungen möglichst effizient erfolgt, müssen die verschiedenen raumwirksamen Politikbereiche auf regionaler Ebene besser verzahnt werden. Bund und Länder sollten die Regionen aktiv beim Einsatz moderner Instrumente der Regionalförderung, wie z. B. Regionalmanagement, unterstützen. Dabei sollte auch auf das bewährte Instrument der Regionalkonferenzen zurückgegriffen werden.

Auch die Europäische Union muss ihren Beitrag zur Vorbereitung besonders betroffener Regionen, insbesondere der deutschen Grenzregionen, auf die Erweiterung leisten. Der von der EU-Kommission angekündigte Aktionsplan wird dazu beitragen, diese Regionen bei der Bewältigung der regionalen Folgen der Erweiterung zu unterstützen.

- Nach der Erweiterung werden die bayerischen und ostdeutschen Grenzregionen nicht mehr an der Außengrenze der EU liegen. Diese neue geographische Lage bedeutet für diese Regionen eine große Herausforderung. Ein Teil der strukturellen Anpassungsleistungen ist bereits erfolgt, denn mit den Europaabkommen wurde der Warenaustausch mit den Beitrittskandidaten bereits weitgehend liberalisiert. Zwar ist aus heutiger Sicht davon auszugehen, dass sich zum Zeitpunkt der Erweiterung die Lage auf den regionalen

Arbeitsmärkten verbessert haben wird. Gleichwohl besteht nach wie vor dort, wo arbeitsintensive industrielle Fertigungen konzentriert sind, aufgrund des verschärften Wettbewerbs ein überproportional hohes Arbeitsplatzrisiko für gering qualifizierte Arbeitnehmer. Branchenspezifische Problemlagen, wie z. B. in der Bau- und Transportbranche, tragen ebenfalls erheblich dazu bei, die regionalen Arbeitsmärkte zu belasten. Hier sind Wirtschaft und aktive Arbeitsmarktpolitik in engem Zusammenwirken gefordert, vorausschauend und rechtzeitig vor dem Beitritt durch geeignete Maßnahmen insbesondere im Bereich der beruflichen Weiterbildung betroffene Arbeitnehmer auf die Übernahme zukunftssträchtiger Tätigkeiten vorzubereiten. Eine wichtige Entscheidung haben Deutscher Bundestag und Bundesregierung mit der Anhebung der Investitionszulage für Unternehmen in den ostdeutschen Grenzregionen in diesem Zusammenhang bereits beschlossen.

In den Erweiterungsverhandlungen müssen hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer sowie der Dienstleistungsfreiheit Übergangsregelungen für die Arbeitsmärkte in den Mitgliedstaaten vereinbart werden. Um den besonderen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Problemlagen Rechnung zu tragen, sollten die innenpolitischen Folgen der Erweiterung auch im Bündnis für Arbeit beraten werden.

- Durch die Erweiterung vergrößern sich die Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die für die erfolgreiche Bewältigung der Erweiterung in den Grenzregionen einen wichtigen Beitrag leistet. Die betroffenen Bundesländer sollten zusammen mit ihren Partnerregionen und den jeweiligen nationalen Regierungen sowie der Europäischen Kommission Maßnahmen ergreifen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu verstärken.
- Unterstützung verdienen die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Kontakte und die Arbeit vieler Nichtregierungsorganisationen, die sich bereits seit Jahren um einen intensiven kulturellen Austausch bemühen und damit bereits heute die Bereicherung durch die anstehende Erweiterung ins Blickfeld rücken.
- Handlungsbedarf besteht auch in bestimmten Bereichen der Infrastruktur, vor allem in Grenzregionen. Die besonders betroffenen Regionen entlang der deutschen Ostgrenze sollten bei der Finanzierung von Verkehrsprojekten gezielt unterstützt werden.
- Im Zuge des Beitritts zur Europäischen Union müssen die Bewerberländer den sog. Schengen-Acquis vollständig übernehmen. Deshalb werden die Grenzkontrollen erst entfallen, wenn die neuen Mitglieder nach dem Beitritt in der Lage sind, die Schengen-Standards tatsächlich zu erfüllen. Schon aufgrund der Vor-Beitrittsstrategie und erst recht nach dem Beitritt nehmen die künftigen Mitgliedstaaten an der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit teil, die allen Staaten mehr Möglichkeiten für die wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität einräumt. Diese Vorteile der Erweiterung müssen stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden.

Die innenpolitische Flankierung der Erweiterung ist eine große Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie kann am ehesten erfolgreich bewältigt werden, wenn alle Beteiligten im parteiübergreifenden Konsens aktiv dazu beitragen, die Akzeptanz der Erweiterung bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Im Rahmen ihrer Strategie zur innenpolitischen Flankierung der Erweiterung

- ihre Anstrengungen zur Information der Bevölkerung über die Chancen und Herausforderungen der Erweiterung weiter zu verstärken und sich weiterhin aktiv in den Dialog mit allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen über die Erweiterung einzubringen,
- zu prüfen, ob und ggf. inwieweit der Einsatz der bewährten strukturpolitischen Instrumente verstärkt werden kann, insbesondere durch eine Bündelung und Verzahnung der verschiedenen Instrumente sowie den gezielten Einsatz moderner Instrumente zur Förderung der Regionalentwicklung, wie z. B. Regionalmanagement oder Regionalkonferenzen,
- zu klären, inwieweit spezifische Probleme auf den regionalen Arbeitsmärkten eine Unterstützung durch die Arbeitsmarktpolitik erfordern,
- die Erweiterung auch im Bündnis für Arbeit aufzugreifen,
- zu klären, wie die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verbessert werden können,
- den Jugendaustausch und den kulturellen Austausch gezielt zu fördern, insbesondere mit unseren Nachbarländern Polen und Tschechien,
- zu prüfen, wie der bereits begonnene Ausbau der Infrastruktur in den Grenzregionen weiter verbessert werden kann, um eine bedarfsgerechte Verkehrsanbindung der Grenzregionen zu gewährleisten,
- Konzepte zu entwickeln, die die praktische Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern mit den Beitrittsstaaten auf dem Gebiet der inneren Sicherheit gewährleisten. Die Öffentlichkeitsarbeit ist dahin gehend zu verstärken, dass Kriminalitätsängste in der Bevölkerung abgebaut werden.

Berlin, den 5. Dezember 2000

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion